



# PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**Thomas Hegenbarth**

**Lisa Gerlach**

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 20.04.2017

**AN/0609/2017**

## Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	18.05.2017

### **Stärkeres Reizgas und Schlagstöcke für das Ordnungsamt – alternativlos?**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Im Kölner Stadt-Anzeiger vom 18.04.2017 wird berichtet, dass die Kölner Stadtverwaltung beabsichtige, Ordnungskräfte mit Schlagstöcken und „kräftigen Reizstoffsprühgeräten“ auszurüsten. Als Argument für die Aufrüstung des Ordnungsdienstes wird angeführt, dass die Qualität von körperlichen Angriffen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt zugenommen habe. Die bloße Betrachtung der Zahlen von Angriffen untermauert diese Annahme allerdings nicht: Im Jahr 2014 gab es insgesamt 84 Vorfälle gegen städtische Ordnungskräfte, darunter Beleidigungen, Bedrohungen, Widerstände (inklusive Körperverletzungen), Nötigungen und psychische Belastungen; 2015 waren es 110 (laut Angaben des KStA 2016 insgesamt 72). Der Leiter des Ordnungs- und Verkehrsdienstes beim Ordnungsamt, Jörg Breetzmann, gibt dazu im KStA zu bedenken, dass es zwar einen „leichten Rückgang“ gebe, aber man feststellen müsse, dass „die Qualität eine ganz andere geworden [sei]“.

Ob eine Aufrüstung des Ordnungsdienstes mit Pfefferspray und Schlagstöcken Probleme löst, ist äußerst fraglich. Gegenüber dem KStA erklärte ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes z. B.: „Wenn mein Gegenüber so ein Spray in meiner Hand sieht und denkt, es handle sich um eine Pistole, ist eine neue Eskalationsstufe erreicht.“ Gegen die Aufrüstung mit starkem Pfefferspray spricht außerdem, dass die Reizstoffe gesundheitsgefährdend und sogar lebensgefährlich sein können. In Köln mussten z. B. im November 2014 nach einem Polizeieinsatz mit Reizgas 23 Schülerinnen und Schüler und zwei Lehrer wegen Atembeschwerden und Augenbrennen vom Rettungsdienst versorgt werden.

Verschiedene Vorlagen der Stadtverwaltung zeigten in den letzten Jahren immer wieder auf, dass der Ordnungsdienst stark unterbesetzt ist. Zuletzt wurde im Konzept „Mehr Präsenz und Ahndung durch personell verstärkten Ordnungsdienst“ im Zusammenhang mit der Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ordnungs- und Verkehrsdienst eine Evaluierung für 2017 angekündigt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungs- und Verkehrsdienstes haben vielfältige Aufgaben und nehmen ihre Verantwortung sehr ernst. Die Piratengruppe spricht hier noch einmal ausdrücklich ihren Dank für die geleistete Arbeit aus.

**Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:**

1. Welche Arten von Reizstoffsprühgeräten und -stoffen will die Stadtverwaltung beschaffen, und welche Arten von Reizstoffsprühgeräten und -stoffen für städtische Ordnungskräfte und andere Aufrüstungen wie Schlagstöcke sind gesetzlich erlaubt?
2. Worauf begründet sich die Annahme, dass die Qualität von Angriffen auf Ordnungskräfte zugenommen habe? Gibt es Studien, Statistiken oder Zahlen dazu – auch aus Köln?
3. Wie hat sich die Zahl der Vorfälle gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt seit Januar 2017 entwickelt, und welche Konsequenzen zogen die Vorfälle der Jahre 2014-2016 nach sich? In wie vielen Fällen kam es zu Verurteilungen, Einstellungen usw.? (Bitte aufschlüsseln nach Art – Beleidigungen, Bedrohungen, Widerstände (inklusive Körperverletzungen), Nötigungen und psychische Belastungen – des Vorfalls und Dezernaten/Abteilung.)
4. Hat sich die Personalsituation im Ordnungs- und Verkehrsdienst entspannt? Ist aus Sicht der Verwaltung der Bedarf gedeckt?
5. Welche Schulungen müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich des Konfliktmanagements vorweisen, und wie bewertet die Stadtverwaltung das Münchener Konzept für das Allparteiliche Konfliktmanagement im öffentlichen Raum in München (AKIM)?

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach